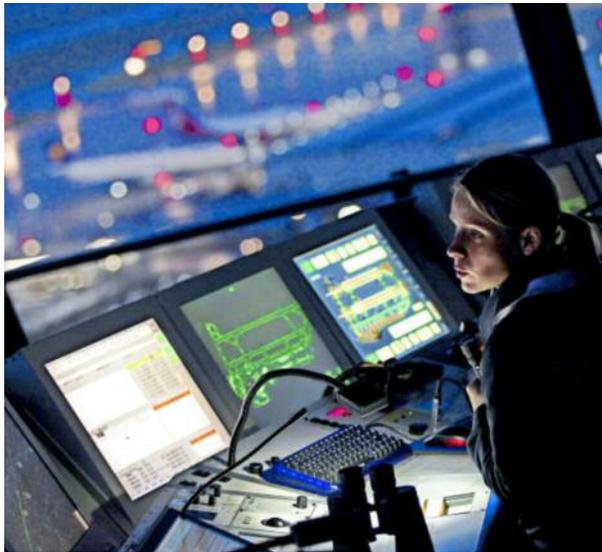


LUFTFAHRT

Lotsen sollen löhnen

Der härteste Tarifkampf in der Geschichte der Deutschen Flugsicherung (DFS) hat ein juristisches Nachspiel. Bereits vor gut einem Monat reichten die Lufthansa, Air Berlin und die irische Fluggesellschaft Ryanair beim Arbeitsgericht Frankfurt am Main Schadensersatzklage gegen die Gewerkschaft der Flugsicherung (GdF) ein. Diese hatte im Rahmen der erbittert geführten Auseinandersetzung im Spätsommer 2011 mehrfach mit Streiks ihrer rund 3000 Mitglieder gedroht. Dazu kam es allerdings nicht, stattdessen einigte man sich im Oktober auf einen Kompromiss. Trotzdem fordert nun allein die Lufthansa knapp 1,7 Millionen Euro von der Lot-sengewerkschaft, unter anderem als Ausgleich für Stornierungen und Umbuchungen von Kunden, Verspätungen oder erhöhte Personal- und Treibstoffkosten. Der Wettbewerber Air Berlin macht über 1,5 Millionen Euro geltend,

der Billiganbieter Ryanair rund 44 000 Euro. Das Verhalten der Gewerkschaft in dem Tarifkonflikt sei unverhältnismäßig gewesen, rechtfertigt ein Air-Berlin-Sprecher das Vorgehen. Ein Lufthansa-Kollege argumentiert, die Fluglinie sei nach dem Aktiengesetz sogar verpflichtet, derartige Ansprüche geltend zu machen. Die GdF beruft sich dagegen auf das Gesetz, wonach Arbeitskämpfe oder deren bloße Androhung zur Durchsetzung von Lohnforderungen ausdrücklich zulässig sind.



Fluglotsin in Düsseldorf

OLIVER BERG / DPA

BÖRSENFUSION

Amerikaner erwägen Klage

Die Auseinandersetzung um die Megafusion der Deutschen Börse mit der New York Stock Exchange (NYSE) spitzt sich zu. NYSE-Chef Duncan Niederauer erwägt juristische Schritte, sollte die EU-Kommission den geplanten Zusammenschluss blockieren. „Ich würde sicherlich nicht ausschließen, vor dem Europäischen Gerichtshof gegen eine solch fehlerhafte Entscheidung zu klagen“, sagte Niederauer am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos. Am Mittwoch kommt das EU-Gremium zusammen, um über den Deal zu befinden. Spätestens am 8. Februar soll die Entscheidung fallen. Die Chancen stehen schlecht: Den Kommissaren liegt eine Empfehlung ihrer für

den Wettbewerb zuständigen Beamten vor, die Fusion abzulehnen. Hintergrund ist vor allem die Sorge vor einem Monopol der neuen Megabörse im europäischen Derivatemarkt. Niederauer und sein Fusionspartner, Deutsche-Börse-Chef Reto Francioni, argumentieren dagegen, dass das Geschäft mit diesen neuartigen Finanzinstrumenten keine Grenzen kenne und global funktioniere. Auch die Sorge vor einem Abwandern von Jobs in die

USA versuchte Niederauer zu zerstreuen: „Ich glaube ehrlich, dass dieser Zusammenschluss Frankfurt als globales Finanzzentrum stärken würde.“ Durch die Fusion soll die weltweit größte Börse entstehen.



Francioni



Niederauer

KAMMERER/ACTION PRESS (L.); AFP (R.)